

A N F R A G E von Cécile Krebs (SP, Winterthur) und Julia Gerber Rüegg (SP, Wädenswil)

betreffend Zuständigkeit für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Die OECD führt seit 2001 Ländervergleiche zum Thema „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ durch. Für die Schweiz bot die Teilnahme an einem solchen Vergleich eine einmalige Chance, zu einem Thema, das in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen hat, Impulse durch eine fachliche und fundierte Sicht von aussen zu erhalten. Die Schweiz knüpfte die Teilnahme an die Bedingung, die Situation in den Kantonen einzubeziehen, da viele der behandelten Fragen in der Kompetenz der Kantone und Gemeinden liegen, ausgewählt wurden die Kantone Tessin, Waadt und Zürich.

Bei der Regelung der Koordination, Kompetenzen sowie Verantwortung im Kanton Zürich stellte sich die Frage der Zuständigkeit. Daraus resultierte die Erkenntnis, dass die Zuständigkeit für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in den Direktionen der Regierung nicht geregelt ist.

In diesem Zusammenhang wird der Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen ersucht:

1. Wo werden in der kantonalen Verwaltung Entscheide getroffen im Zusammenhang mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie?
2. Wie werden die verschiedenen involvierten Stellen koordiniert?
3. Was unternimmt die Regierung um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu gewährleisten?
4. Ist die Regierung bereit, in der Verwaltung Fragen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu koordinieren?
5. Falls ja, wie gedenkt die Regierung dies zeitlich zu organisieren?

Cécile Krebs
Julia Gerber Rüegg